

Unterschriftenliste

Zum Antrag auf Einleitung einer Volksinitiative im Land Brandenburg zur Kündigung der Rundfunkstaatsverträge

Der Landtag wird aufgefordert, nachfolgend genannte und vom Land Brandenburg ratifizierte Verträge unverzüglich und schriftlich zum nächstmöglichen Zeitpunkt aufzukündigen und den Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hierüber in Kenntnis zu setzen: Rundfunkstaatsvertrag, Rundfunkbeitragsstaatsvertrag, Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag, ARD-Staatsvertrag, ZDF-Staatsvertrag, Deutschlandradio-Staatsvertrag, RBB-Staatsvertrag

Begründung der Initiative:

Mit der vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Pflicht zur Grundversorgung (BVerfG vom 04.11.1986) hat der immer weiter ausufernde öffentlich-rechtliche Rundfunk mit aktuell 40, teils regionalisierten TV-Kanälen und 76 Hörfunkwellen nichts mehr zu tun. Deutschland leistet sich mit über acht Milliarden Euro jährlich den teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt.

Dabei ist das Programm oft Nebensache: Die Anstalten haben sich zu gigantischen Rentner-Versorgungs-Unternehmen entwickelt. Allein die ARD hat schon 2014 Pensionsrückstellungen von über 7,4 Milliarden Euro, also in Höhe eines kompletten Jahresetats der Öffentlich-Rechtlichen, gebildet. Laut eines Berichts der KEF aus dem Jahr 2017 werden ohnehin nur 40% der Einnahmen für das Programm aufgewendet, der Rest u.a. für Gehälter und Renten.

Bezahlt wird dies aus einer Zwangsgebühr, die jeder Haushalt entrichten muss, unabhängig davon, ob er die Programme der Öffentlich-Rechtlichen sehen oder hören möchte und ob er überhaupt über die technischen Möglichkeiten für den Empfang der Sender verfügt. Hinzu kommt, dass die politische Einflussnahme auf die Programme und deren Mangel an Neutralität immer offensichtlicher werden. Oft berichten ARD und ZDF erst auf öffentlichen Druck hin über Themen, die den Regierenden unliebsam sind.



Auch das lässt die Zustimmung für die Öffentlich-Rechtlichen dramatisch schwinden: In einer im März 2018 veröffentlichten Umfrage des Civey-Instituts sprechen sich bereits 43 % der Ostdeutschen für eine völlige Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus.

Ich unterstütze die Volksinitiative!

(Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen)

Nr.	Name	Vorname	Geburtsdatum	Straße, Hausnr., PLZ, Ort		Datum	Unterschrift
				(Im Melderegister verzeichnete alleinige Wohnung oder Hauptwohnung in Brandenburg am Tag der Unterschrift)			
1			DD/MM/YYYY	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort		
2			DD/MM/YYYY	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort		
3			DD/MM/YYYY	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort		
4			DD/MM/YYYY	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort		
5			DD/MM/YYYY	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort		
6			DD/MM/YYYY	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort		
7			DD/MM/YYYY	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort		
8			DD/MM/YYYY	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort		
9			DD/MM/YYYY	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort		
10			DD/MM/YYYY	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort		

Datenschutzhinweis: Die Adressen werden an den Landtag Brandenburg im Rahmen der Volksinitiative übergeben. Eine weitere Verwendung erfolgt nicht. Nur **vollständige** und **leserliche** Angaben von Personen mit **Hauptwohnsitz** im Land **Brandenburg** und einem Mindestalter von **16 Jahren** sind gültig.

Liste bitte **im Original** einsenden an:
Genug GEZahlt e.V., Berliner Str. 4,
15306 Seelow